



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

**Drucksache Nr.:**  
**01618-05-E6**  
**TOP-Nr: 2.2.1**

An den  
Vorsitzenden des Haupt- und  
Finanzausschusses

### **Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt**

verantwortlich:	Telefon:	Datum
		13.04.2005
Sitzungsart:	Stellungnahme	
öffentlich		
Gremium:		Beratungstermin:
Haupt- und Finanzausschuss		14.04.2005

### **Tagesordnungspunkt**

Haushaltsplan und Haushaltssicherungskonzept 2005  
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus bitten über folgende Änderungsanträge zum HH 2005 eine Abstimmung herbeizuführen.

### **Beschlussvorschlag**

### **Kinder- und Jugend**

#### **Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen**

**33.000 €**

Im HH-Plan 2005 sind Mittel einzustellen, damit alle Anträge zur Sprachförderung im Elementarbereich positiv beschieden werden können.

2004/2005 wurden 99 Fördermaßnahmen beantragt.

83 sind bewilligt worden, in denen 759 Kinder intensiv gefördert wurden.

Durch die 16 nicht bewilligten Maßnahmen waren 130 Kinder betroffen.

Es muss sichergestellt sein, dass alle (auch nachgereichte) Anmeldungen berücksichtigt werden.

Die Deckung erfolgt aus dem Dezernatsbudget.

#### **Förderung der Kinder- und Jugendarbeit**

**100.000 €**

Damit das bestehende Angebot in den Jugendfreizeiteinrichtungen



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

in diesem Jahr aufrechterhalten werden kann, ist eine Erhöhung des Ansatzes notwendig. Die Mittel werden zu 100 % freigegeben.

Es wird gebeten, in diesem Zusammenhang mit den Einrichtungen bis Mai eine Konzeption gegen Rechtsradikalismus zu erarbeiten.

Die Deckung erfolgt aus dem Dezernatsbudget.

### **Hilfen zur Erziehung**

Die Verwaltung wird aufgefordert sicherzustellen, dass alle erforderlichen Maßnahmen der Stadt, der kirchlichen Träger, der Wohlfahrtsverbände und der sonstigen Träger ohne Aufschub und Qualitätseinbußen weiterhin durchgeführt werden können. Für die Finanzierung der Aufgabenwahrnehmung werden die Fallzahlen von 2004 zugrunde gelegt. Die zunehmende Fallintensität wird dabei berücksichtigt.

**bedarfsgerecht**

Die Verwaltung wird gebeten, die Bedarfe aufzuzeigen, damit zu gegebener Zeit nachgesteuert werden kann.

### **Ausbau der Ganztagsbetreuung**

Mit dem insgesamt um 5,269 Mil Euro (ca. + 5 %) erhöhten Haushaltsansatz im Bereich Bildung, Betrieb und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (TEK) und in Kindertagespflege soll das Ziel erreicht werden, für das Kindergartenjahr 2005/2006 die Zahl der Ganztagsbetreuungsplätze um 1000, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, zu erhöhen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, noch vor der Sommerpause ein entsprechendes Konzept auf der Grundlage des ermittelten Bedarfs vorzulegen. Dabei ist das Verhältnis Kindertagespflege zu Betreuungen in Tageseinrichtungen möglichst gering zu halten.

Die Qualifizierung der Tagesmütter und –väter, die im Bereich der Kindertagespflege für das Jugendamt tätig werden, soll intensiviert werden. Für diese Qualifizierungsmaßnahmen sind entsprechende Mittel im Jugendamtshaushalt bereitzustellen. Dabei ist auch eine Zusammenarbeit mit den in diesem Tätigkeitsfeld erfahrenen Trägern anzustreben.



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

## Schule

### **Einrichtung einer HH-Stelle für Schulsozialarbeit**

**300.000 €**

Zur Sicherstellung der bisherigen Schulsozialarbeiterstellen an Sonderschulen und Hauptschulen und zur Verstärkung der Berufsorientierungsmaßnahmen für Schulabgänger soll ein Sozialarbeiterpool eingerichtet werden. Damit soll eine Verbesserung der Zukunftschancen Jugendlicher erreicht werden.

Die Deckung erfolgt im Rahmen der HH-Bewirtschaftung.

### **Friedrich-Ebert-Grundschule**

**50.000 €**

In 2005 werden Planungskosten eingestellt, mit dem Ziel, den Neubau (ggf. durch alternative Finanzierung) im Jahr 2006 zu beginnen.

Die Schule ist in einem völlig maroden Zustand. Obwohl es bereits einen Grundsatzbeschluss zur Sanierung gibt, soll lt. HH-Entwurf die Baumaßnahme auf den Zeitraum nach 2008 verschoben werden. Um auch Investitionsmittel des Bundes (das Programm läuft 2007 aus) für den Ausbau von Ganztags in Anspruch nehmen zu können, muss die Maßnahme vorgezogen werden. Anstelle einer Sanierung, die nur 1 Mio. € weniger kostet, soll ein Neubau errichtet werden.

Die Deckung erfolgt im Rahmen der HH-Bewirtschaftung.

### **Grundschule Oespel/Kley**

**50.000 €**

In 2005 werden Planungskosten eingestellt, mit dem Ziel, den Neubau (ggf. durch alternative Finanzierung) im Jahr 2006 zu beginnen.

Die Grundschule wird an 2 Standorten geführt, was wirtschaftlich und organisatorisch unvernünftig ist. Sie ist eine offene Ganztagschule und hat über 90 Kinder in der Betreuung. Bundesmittel für Neubau sind nur bis 2007 möglich. Es gibt bereits einen Grundsatzbeschluss.

Die beiden bisherigen Grundschulstandorte sollen vermarktet werden.

Die Deckung erfolgt im Rahmen der HH-Bewirtschaftung

### **Prioritätenliste Schulbau**

Die Verwaltung wird beauftragt die Prioritätenliste Schule fortzuschreiben. Hierbei ist ein Punktesystem zu entwickeln, bei dem folgende Kriterien einzubeziehen sind

- Sicherheit und Gesundheit (Brandschutz, Schadstoffbelastungen)
- Energiestatus der Gebäude und Energieeinsparpotential von Bau- und Sanierungsmaßnahmen
- Nutzungsanforderungen und schulischer Raumbedarf

Die geplanten Maßnahmen sind objekt- und maßnahmengenaу aufzuschlüsseln.

Sammelansätze („Brandschutzmaßnahmen in Eving“) sind nicht zulässig. Im einzelnen ist anzugeben:

- Betroffene Schule, Standort
- Maßnahmen am Standort (detaillierte Aufstellung mit Kostenabschätzung)
- Nutzung von Synergieeffekten (z.B. Kombination von Brandschutz- und Energieeinsparmaßnahmen).

Die neue Prioritätenliste ist dann in den politischen Abstimmungsprozess einzubringen.

### **Soziales**

#### **Förderung der Wohlfahrtsverbände**

**80.000 €**

Die Wohlfahrtsverbände erhalten für ihre zuwendungsfinanzierten Arbeitsfelder einen 5-Jahresvertrag mit dem Ziel die Planungssicherheit und die Kontinuität der verbandlichen Arbeit zu gewährleisten.

Es findet eine jährliche Anpassung um 1,5% statt.

Innerhalb des vereinbarten Gesamtbudgets sind Veränderungen in der Aufgabenstruktur vorzunehmen, sofern die Notwendigkeit seitens der Stadt und der Wohlfahrtsverbände erkannt wird.

#### **Sozialstrukturatlas**

Im Rahmen der Fortschreibung des Berichts zur sozialen Lage wird ein Sozialstrukturatlas entwickelt, für den Haushaltsmittel in Höhe von max. 70.000 € zur Verfügung gestellt werden.

**70.000 €**

Der Bericht soll in Kooperation mit Forschungseinrichtungen auf der Grundlage aller verfügbarer statistischer Daten mit sozialräumlichem Bezug erstellt werden.

In einem qualitativen Teil sollen Handlungsansätze und konkrete Maßnahmevorschläge zur Förderung der Chancengleichheit dargestellt werden.

Für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Sozialstrukturatlas sind 100.000 € im Haushalt vorzusehen. **100.000 €**

Die Deckung erfolgt im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung im Dezernat 5.

### **Frauenspezifische Arbeitsmarktreform**

Um im Rahmen der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen Geschlechtergerechtigkeit sicherzustellen, soll ein Beratungsangebot für Frauen geschaffen werden, das bei der Regionalstelle Frau und Wirtschaft anzusiedeln ist. Der Rat erwartet, dass die Finanzierung dieses Angebotes über die ARGE erfolgt und fordert die Verwaltung auf, in entsprechende Verhandlungen zu treten.

### **Umwelt**

Der Zuschuss für den Westfalenpark wird zweckgebunden für die Sicherstellung der pädagogischen Arbeit für Kinder und Jugendliche im AGARD Naturschutzhaus erhöht.

**40.000 €**

Insbesondere im Bereich der Luftreinhaltung und des Klimaschutzes ist eine Aufgaben-Ausweitung erfolgt, die durch das Personal des Umweltamtes nicht abgearbeitet werden kann. Deshalb soll entsprechendes Fachpersonal, das z.B. durch abgearbeitete Pläne (Masterpläne, F-Plan) frei wird, projektbezogen in diesem Bereich eingesetzt werden.

Die Stellen, die bisher aus dem Planungsdezernat für die Wahrnehmung von Aufgaben im Umweltamt besetzt wurden, werden in das Umweltdezernat überführt.

Verlagerung  
von Plan-  
stellen inkl.  
Budget

### **Energieeinsparung und Energieeffizienz**

**5 Mio. €**

1. Der Rat beschließt, im Jahr 2005 dringende Erneuerungsmaßnahmen im Bereich der Mess-, Regel und Heizungstechnik im städtischen Gebäudebestand (einschließlich Ersatz von defekten Anlagenteilen), bei dem Anschluss von Gebäuden an die Gebäudeleittechnik und sonstige technische Maßnahmen durchführen zu lassen. Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit ein Fensteraustauschprogramm und eine nach EnEV notwendige Dachdämmung in Abhängigkeit von der Dringlichkeit durchgeführt werden kann.

2. Für diese Maßnahmen werden im Haushaltsplan 2005 fünf Millionen Euro eingestellt, die nach dem Intracting-Prinzip in einen Energiesparfonds fließen. Es erfolgt eine Vorfinanzierung der genannten Maßnahmen. Die erzielten Kosteneinsparungen fließen in den Fonds zurück. Aus den zurückgeflossenen Mitteln werden neue Investitionen finanziert.

3. Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltspositionen, die im Haushaltsjahr 2005 nicht verausgabt werden. Die bei der Immobilienverwaltung angesiedelte Haushaltsstelle wird mit dem Vermerk versehen, dass die Freigabe von Mitteln jeweils durch den Haupt- und Finanzausschuss erfolgt. Die städtische Immobilienverwaltung verwaltet den Fonds und sorgt für den zeitnahen Mittelabfluss.
4. Der Rat fordert die Verwaltung auf, für die Haushaltsjahre 2006 bis 2009 in Vorbereitung auf eine systematische Abarbeitung mittel- und langfristiger Energiesanierungsmaßnahmen kurzfristig eine Prioritätenliste vorzulegen, die die Dringlichkeit von Komplett-sanierungen und Teilsanierungen unter dem Gesichtspunkt der Realisierung größtmöglicher Energieeinsparungen bei städtischen Immobilien deutlich macht. Die Auflistung soll gleichzeitig verdeutlichen, welche Investitionen erforderlich sind und wie die energetische Sanierung mit notwendigen brandschutztechnischen Maßnahmen gekoppelt werden kann.
5. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, das jeweilige Energieeinsparvolumen, die Energiekostensparnis und den Umfang der CO<sub>2</sub>-Reduzierung maßnahmenscharf darzustellen. Bei allen städtischen Bau- und Umbaumaßnahmen sowie Anmietungen wird zukünftig in der jeweiligen Verwaltungsvorlage dargestellt, ob der Einsatz regenerativer Energien vorgesehen ist und gegebenenfalls die Ablehnung entsprechender Investitionen begründet. Die kostenmäßigen Auswirkungen sind in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.
6. Die Stadt erhöht ihren Anteil an der Nutzung von Ökostrom, indem der gesamte Strombedarf des Rat- und Stadthauskomplexes durch den Bezug von Ökostrom aus regenerativen Energien abgedeckt wird. An zentralen Stellen in den Gebäuden wird dies gegenüber der Öffentlichkeit dokumentiert und visualisiert.
7. Bei den Grundsatzbeschlüssen für die neuen Feuerwachen wird die Nutzung geothermischer Energie vorgesehen. Das IT-Medienberufskolleg wird als Modellkolleg für den praktischen Einsatz regenerativer Energien konzipiert.

## **Brandschutz**

Hinsichtlich des Neubaus der Feuerwachen Mitte und Hörde sowie des Ausbildungszentrums findet eine umfassende Kosten-Analyse statt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die interkommunale Kooperation im Feuerwehrbereich weiter auszubauen.

Beim Ausbildungszentrum wird die Organisationsform überprüft.

Die entsprechenden Ergebnisse werden vor den Baubeschlüssen dem Rat vorgelegt.

## **Begründung**



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen  
Gez. Ernst Prüsse

F.d.R.:

Dr. Andreas Paust

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Daniela Schneckenburger

f.d.R.:

Petra Kesper